

Briefing

Parlamentswahlen in Kroatien

17. April 2024

Péter Tchet

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, IDM

46.9%

Wahlbeteiligung (2020)

165Antretende Listen (ohne die
Minderheitenparteien)**151**

Parlamentssitze

Einleitung

Am 17. April 2024 finden vorgezogene Parlamentswahlen in Kroatien statt. Der konservative Ministerpräsident, Andrej Plenković kündigte im März 2024 an, dass die regulär für Herbst angesetzten Parlamentswahlen vorgezogen werden. Das kroatische Parlament (Sabor) löste sich – auf Initiative der Regierungsparteien, aber auch mit den Stimmen der Oppositionsparteien – am 17. März 2024 auf.

Die Parlamentswahlen sollten – nach der kroatischen Verfassung – spätestens 60 Tage nach dem Ende der regulären Legislaturperiode oder der Selbstauflösung des Parlamentes stattfinden. Der sozialdemokratische Staatspräsident, Zoran Milanović setzte den Termin ungewöhnlicherweise an einem Mittwoch, nämlich den 17. April 2024 an. Zugleich kündigte er an, als Ministerpräsidentenkandidat der von der Sozialdemokratischen Partei (SDP) geführten, oppositionellen Wahlallianz anzutreten. Das Verfassungsgericht in Zagreb verbot ihm aber eine Kandidatur: Der Antritt eines amtierenden Staatspräsidenten bei den Parlamentswahlen verstoße gegen das verfassungsrechtlich verbriefte Neutralitätsgebot des Präsidentenamtes. Infolge des parteipolitischen Engagements von Milanović zeichnet sich allerdings ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Liste der konservativen Regierungspartei HDZ und der von der SDP geführten linksliberalen Wahlallianz ab.

Wahlsystem

Das kroatische Parlament (Sabor) hat 151 Sitze. Innerhalb Kroatiens bestehen zehn Wahlbezirke: In allen Wahlbezirken werden 14 Mandate nach dem Verhältniswahlrecht unter den Parteien / Koalitionen, die in jeweiligem Wahlbezirk fünf Prozent erreichen, verteilt. Die Parteien treten meist in unterschiedlichen Koalitionen in den Wahlbezirken an: Heuer wurden 165 Listen in den zehn Wahlbezirken zugelassen. Die Wähler*innen können auch Vorzugsstimmen innerhalb einer antretenden Liste abgeben: Kandidat*innen, die mindestens zehn Prozent der für die jeweilige Liste abgegebenen Stimmen erhalten, können bevorzugt ins Parlament einziehen. Für die Auslandskroat*innen (in der Diaspora) gibt es einen elften Wahlbezirk (drei Mandate).

Im kroatischen Parlament sitzen auch acht Vertreter*innen der nationalen Minderheiten. Der serbischen Minderheit sind drei Sitze vorbehalten, der italienischen und der ungarischen Minderheit ist je ein Sitz garantiert. Die weiteren Minderheiten sind in drei Gruppen geteilt und sie haben je einen Sitz im Parlament: Slowak*innen und Tschech*innen (erste Gruppe); Bulgar*innen, Deutsche, Juden, Österreicher*innen, Pol*innen, Roma, Rumän*innen, Russ*innen, Russin*innen, Türk*innen, Ukrainer*innen und Walach*innen (zweite Gruppe); Albaner*innen, Bosniak*innen, Mazedon*innen, Montenegriener*innen

und Slowen*innen (dritte Gruppe). Im den Minderheiten vorbehaltenen zwölften Wahlbezirk werden die Mandate nach dem Mehrheitswahlrecht verteilt.

Parteien und ihre Wahlkampagne

Die kroatische Politik ist seit der Unabhängigkeit von 1991 von zwei „großen“ Lagern dominiert: Während die von Franjo Tuđman gegründete Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) das politische Spektrum rechts der Mitte weitgehend abdeckt, ist das linke Lager gespalten, wenn auch die Sozialdemokratische Partei (SDP) die führende Rolle innehat.

Die HDZ entwickelte sich nach dem Tod des Staatspräsidenten und Parteigründer Tuđman (1999) zu einer christdemokratischen Mitte-Rechts-Partei, die als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EPP) eine konservative Gesellschafts- und eine liberale Wirtschaftspolitik verfolgt. Die HDZ war seit der Unabhängigkeit bis auf die Jahre zwischen 2000 und 2003 bzw. 2011 und 2015 immer an der Macht.

Nach der Mitte-Links-Regierung von Zoran Milanović wurde die HDZ 2015 erneut stärkste Kraft unter ihrem damaligen nationalkonservativ orientierten Parteichef Tomislav Karamarko, der aber, angesichts der benötigten Unterstützung der neuen „Most“-Bewegung (von Božo Petrov), Tihomir Orešković als neuen Regierungschef vorschlug. Diese Regierung scheiterte aber nach weniger als einem Jahr. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2016 übernahm der vorherige Europaparlamentsabgeordnete Andrej Plenković die Parteiführung der HDZ. Er konnte die Parlamentswahlen sowohl 2016 als auch 2020 gewinnen und hat gute Chancen, auch ein drittes Mal kroatischer Ministerpräsident zu werden. Die HDZ tritt zusammen mit weiteren kleineren Parteien, wie etwa der Sozial-Liberalen Partei (HSL) oder der Volkspartei (HNS) an.

Die HDZ will in ihrer Kampagne hervorheben, dass die bei den Parlamentswahlen 2020 gesetzten Ziele, nämlich Kroatiens Beitritt zum Schengenraum und zur Eurozone, in dieser Legislaturperiode erreicht wurden,

was Kroatien starkes Wirtschaftswachstum und höheren Lebensstandard gebracht haben. Das Wahlprogramm der HDZ beinhaltet demgemäß auch signifikante Verbesserungen wie höhere Gehälter und Pensionen und bezahlte Elternzeit.

Zwei weitere Listen konkurrieren um die Stimmen rechts von der HDZ. Die konservativ-liberale Partei „Brücke“ („Most“) bildet eine Wahlallianz mit den rechtsnationalistischen „Kroatischen Souveränisten“ („Hrvatski Suverenisti“). Beide Parteien waren gegen die Einführung der Euro. Viel radikaler ist aber die rechtsnationalistische „Heimatsbewegung“ („Domovinski Pokret“), die vom populären Sänger Miroslav Škoro 2020 gegründet wurde, nachdem er bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen im Dezember 2019 überraschenderweise den dritten Platz erreicht hatte. Škoro verließ inzwischen die „Heimatsbewegung“; diese wird zurzeit vom Bürgermeister von Vukovar, Ivan Penava geführt. Die „Heimatsbewegung“ tritt mit weiteren kleineren Rechtsparteien an.

Die zweitgrößte Partei des Landes ist die Sozialdemokratische Partei (SDP), die 1990 als kroatische Nachfolgepartei der ehemaligen jugoslawischen kommunistischen Staatspartei (SKJ/SKH) entstand. Die SDP verfolgt einen pro-europäischen, linksliberalen Kurs. Die Partei konnte zweimal (2000–2003, 2011–2015) Ministerpräsidenten stellen, und seit 2020 ist der Staatspräsident von der SDP. Von der Partei spalteten sich die sogenannten „Sozialdemokraten“ 2021 ab: Obwohl dieser neuen Partei mehrere wichtige, ehemalige SDP-Politiker*innen, wie etwa der frühere SDP-Parteivorsitzende Davor Bernardić angehören, konnte sie die Dominanz der SDP nicht brechen.

Die SDP schloss Anfang März 2024 – noch vor der Auflösung des Parlamentes – eine Wahlallianz mit weiteren neun Parteien unter dem Namen „Für ein besseres Kroatien“ („Za bolju Hrvatsku“). Nachdem aber Staatspräsident Milanović seine Kandidatur für die SDP angekündigt hatte, verließen einige Parteien das Bündnis. Die SDP tritt demnach in einer Koalition mit der linksliberalen Bürgerlich-Liberalen Allianz (GLAS),

der linkskonservativen Bauernpartei (HSS), den wirtschaftsliberalen Reformisten (NS-R), dem liberalen Zentrum (Centar) und der ebenso liberalen Anti-Korruptionsbewegung „Partei mit Vornamen und Namen“ (SsIP) an. Bemerkenswert ist dabei, dass die wirtschaftsliberalen Reformisten die Mitte-Rechts-Regierung unterstützt hatten.

Die gemeinsame Allianz, die Milanović als Kandidaten doch nicht aufstellen darf, heißt „Flüsse der Gerechtigkeit“ („Rijeke Pravde“), was eine Anspielung auf einen bekannten Popsong aus der jugoslawischen Zeit ist. Bereits in seiner verbal heftigen Reaktion auf das Kandidaturverbot durch das Verfassungsgericht („ungebildete Gangster“) postete Milanović dieses Zitat, und auch auf den Plakaten der Wahlallianz wird versprochen, dass „die Flüsse der Gerechtigkeit kommen“ („Rijeke pravde, dolaze“).

Wie der Slogan zeigt, will das Wahlbündnis vor allem auf soziale Themen setzen, zugleich die weit verbreitete Korruption in Kroatien anprangern. Angesichts des Rücktritts von 30 Minister*innen meist im Zusammenhang mit Korruption in den letzten Jahren organisierten linke und liberale Parteien bereits im Februar 2024 eine Großdemonstration in Zagreb unter dem Motto „Es ist genug! Sofort Neuwahlen!“ („Dosta je! Odmah na izbore!“). Zudem löste die Ernennung von Ivan Turudić zum neuen kroatischen Generalstaatsanwalt im März 2024 Proteste und Kritiken aus, weil er nicht nur der Regierungspartei HDZ nahesteht, sondern auch Kontakte zu Zdravko Mamić, dem wegen Steuerbetrugs verurteilten Ex-Chef von Dinamo Zagreb, pflegt. Milanović kommentierte die Ernennung als „nationale Katastrophe“. Er meint, dass nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch das Verfassungsgericht unter dem Einfluss von HDZ stehe, weil der Präsident des Verfassungsgerichtes, Miroslav Šeparović ein früherer Justizminister der HDZ ist.

Im linken Spektrum kann die linksgrüne Bewegung „Wir können es“ („Možemo“) für die von der SDP geführte Wahlallianz gefährlich werden. Die aus unterschiedlichen grünen, feministischen und links-

radikalen Gruppierungen 2019 hervorgegangene Bewegung ist vor allem in Zagreb stark, wo sie seit 2021 den Bürgermeister stellt. Am linken Rande des politischen Spektrums tritt auch die kommunistische Arbeiterfront (RF) an, die 2020 noch mit „Možemo“ ein Wahlbündnis bildete.

Mögliche Szenarien nach den Parlamentswahlen

Die Fünf-Prozent-Hürde gilt in den einzelnen Wahlbezirken, weswegen auch Parteien, die nur in einem Wahlbezirk diese Hürde überschreiten, Abgeordnete in das Parlament schicken können. Es betrifft vor allem die regionalistischen Parteien.

Die Wahlallianz von HDZ führt landesweit in den Umfragen; bei einer Regierungsbildung wird sie aber vielleicht auf die anderen rechtsnationalistischen Parteien angewiesen sein. Das wäre das Ziel des früheren HDZ-Vorsitzenden, Tomislav Karamarko, der im März 2024 bei der Generalversammlung der Partei überraschenderweise erschien und dem Ministerpräsidenten Plenković die Notwendigkeit eines rechten Bündnisses nahelegte. Plenković will aber den jetzigen moderaten Kurs der HDZ nicht aufgeben, er schloss auch einen Listenplatz für Karamarko aus. Plenković kann möglicherweise auch damit rechnen, dass liberale und/oder regionalistische Parteien, die jetzt noch in einem oppositionellen Wahlbündnis antreten, nach den Wahlen die Seite wechseln würden. Auch die acht Abgeordneten der Minderheiten können für eine Regierungsmehrheit der HDZ mitentscheidend sein.

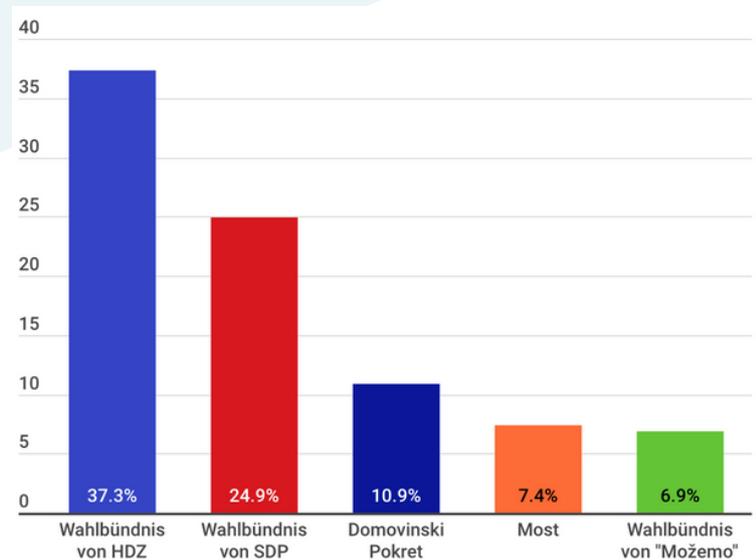
Obwohl das Verfassungsgericht eine offizielle Kandidatur von Zoran Milanović für die SDP verbot, will die SDP den jetzigen Staatspräsidenten im Falle eines Wahlsieges als Premierminister vorschlagen.

Ein Regierungswechsel wäre aber in Zagreb erst möglich, wenn die konservativ-liberale „Brücke“-Partei und die rechtsnationalistischen Parteien wie die „Souveränisten“ und/oder die „Heimatsbewegung“ bereit wären, mit der SDP eine Koalition zu bilden.

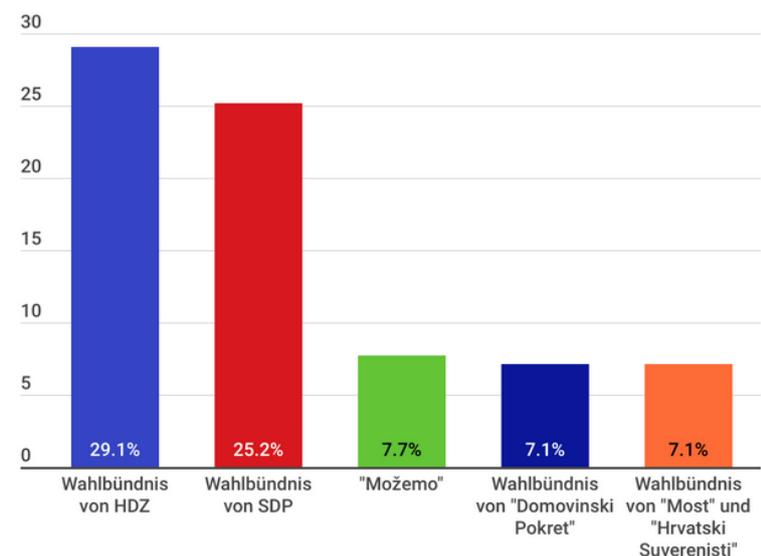
Trotz der ideologischen Unterschiede wäre eine solche linksnationalistische Regierung unter der Ministerpräsidentschaft von Milanović nicht unvorstellbar. Milanović vertritt als Staatspräsident auch nationalistische, populistische, EU-kritische und pro-russische Positionen: Er bezeichnete die Lockdown-Maßnahmen in Österreich als „Wahnsinn“, war gegen die Ausbildung ukrainischer Soldat*innen in Kroatien, nannte den Ukrainekrieg einen „Stellvertreterkrieg“ der USA, traf sich mit Milorad Dodik, dem umstrittenen Präsidenten der Republika Srpska, und pflegt auch persönlich gute Kontakte zu Viktor Orbán, dem rechtsnationalistischen ungarischen Ministerpräsidenten. Als seine Kandidatur vom Verfassungsgericht verhindert wurde, beschimpfte er die Verfassungsrichter als „Analphabeten“ und versprach, eine „dritte Republik“ zu gründen. Die anderen Parteien des von der SDP geführten Wahlbündnisses würden aber ungern eine Koalition mit rechtsnationalistischen Kräften eingehen.

Milanović ist sich sicher, dass er als Ministerpräsident zurückkehren wird. Allerdings ist es politisch wie verfassungsrechtlich höchst fraglich, wie er als Staatspräsident nach den Parlamentswahlen eine mögliche dritte Plenković-Regierung verhindern will, wenn diese über eine Mehrheit im Parlament verfügen sollte.

Wahlergebnisse 2020 (für Wahllisten mit mehr als 5 Prozent)



Umfrage (für Wahllisten mit mehr als 5 Prozent)



Wichtigste Listen / Parteien (in den elf Wahlbezirken gibt es auch unterschiedliche Zusammensetzungen der Listen)

Liste	Teilnehmende Parteien	Richtung	Europäische Affiliation
HDZ	Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ)	liberal-konservativ, christdemokratisch	EPP
	Kroatische Christdemokratische Partei (HDS)	christdemokratisch	EPP
	Kroatische Volkspartei (HNS)	rechtsliberal	ALDE
	Kroatische Sozialliberale Partei (HSLs)	rechtsliberal	ALDE
	Kroatische Rentnerpartei (HSU)	konservativ, zentristisch	-
Rijeke Pravde	Sozialdemokratische Partei (SP)	sozialdemokratisch	ESP
	Zentrum (Centar)	liberal	ALDE
	Bürgerlich-Liberale Bewegung (GLS)	linksliberal	ALDE
	Kroatische Bauernpartei (HSS)	linkskonservativ	-
	Reformisten (Reformisti)	liberal	ALDE
	Partei mit Vornamen und Namen (SIP)	liberal	ALDE
Možemo	Wir können es (Možemo)	linksgrün	EGP
Most / Hrvatski Suverenisti	Brücke (Most)	konservativ-liberal, rechtspopulistisch	-
	Kroatische Konservative Partei (HKS)	rechtsnationalistisch	-
	Kroatische Souveränisten (Hrvatski Suverenisti)	rechtsnationalistisch, rechtspopulistisch	ECR
Domovinski Pokret	Heimatbewegung (Domovinski Pokret)	rechtsnationalistisch	ID (noch kein offizielles Mitglied)
	Agramer (Agrameri)	konservativ, regionalistisch	-
	Block für Kroatien (Blok za Hrvatsku)	rechtsradikal	-

Wichtigste Listen / Parteien (in den elf Wahlbezirken gibt es auch unterschiedliche Zusammensetzungen der Listen)

Liste	Teilnehmende Parteien	Richtung	Europäische Affiliation
	Recht und Gerechtigkeit (Pravo e Pravda)	rechtspopulistisch, linkspopulistisch	-
	Grüne Liste (Zelena Lista)	rechtsgrün, ökokonservativ	-
Naša Hrvatska	Sozialdemokraten (Socijaldemokrati)	linksliberal, SDP-Abspaltung	-
	Kroatische Arbeiter – Partei der Arbeit (Hrvatski Laburisti – Stranka Rada)	linksliberal	-
	Demokraten (Demokrati)	liberal	
	Istrianische Demokratische Versammlung (IDS)	linksliberal, regionalistisch, pro-italienisch	ALDE
	Primorje Gorski Kotar Bewegung (PGKS)	linksliberal, regionalistisch	ALDE
	Unabhängige Plattform Nord (NPS)	liberal, regionalistisch	-
Fokus / Republika	Fokus	liberal	-
	Republika	zentristisch	-
Radnička Fronta	Arbeiterfront (Radnička Fronta)	linksradikal	European Left

In the framework of a panel discussion series, the Institute for the Danube Region and Central Europe analyzes parliamentary elections in the countries of Central, Eastern and Southeastern Europe. The event is jointly organised with the Political Academy of the Austrian People's Party and the Karl-Renner-Institut.

